2015/2

attac





Der zuverlässigste Strom- und Wärmeanbieter der Welt: die Natur.

Mit über 130 Projekten sorgen wir mit langjähriger Erfahrung für Erneuerbare Energie.
Sprechen auch Sie mit uns über Erneuerbare Energie – das Natürlichste der Welt.

BÜRO FÜR ERNEUERBARE ENERGIE
ING. LEO RIEBENBAUER

www.riebenbauer.at . office@riebenbauer.at . T 03339 25 113

inhaltsverzeichnis

Impressum

Attac Österreich Magazin 2015 / 2

Attac Österreich
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte
Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500
BIC: GIBAATWWXXX

Grafik: Wolfgang Homola, Anne Lange, Zoltán László, Julia Löw
Druck: Paul Gerin GmbH & Co KG,
Auflage: 6.500 Stück

Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition: Monika Stadler, Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper, David Walch
Gesamtkoordination:
Barbara Cäcilia Supper
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, September 2015

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wir freuen uns euch die erste Herbstausgabe des Attac-Magazins zu präsentieren! Wir wünschen euch eine informative Lektüre und hoffen euch bald bei einer unserer kommenden Veranstaltungen begrüßen zu können:

Im September diskutieren wir auf der Konferenz „Anders Handeln – Alternativen zu Freihandel und Klagerechten für Konzerne“ Gegenentwürfe zur neoliberalen Freihandels- und Investitionspolitik. Wir werden TTIP, CETA und TiSA auch weiterhin unsere Vorschläge für einen gerechten Welthandel entgegenstellen!

Außerdem gibt es viele Veranstaltungen zur Klimakonferenz COP 21, der Kampagne „System Change, not Climate Change“ und Alternativen zu unserem derzeitigen Wirtschaftssystem, das den Klimawandel vorantreibt und die Erderwärmung stetig ansteigen lässt.

Die griechische Regierung ist inzwischen klar an dem machtpolitischen Widerstand austeritätsfixierter EU-Eliten gescheitert. Die Frage „Wie weiter in Europa?“ wird in unserer Arbeit im Herbst daher ebenfalls einen wesentlichen Platz einnehmen.

An dieser Stelle möchten wir euch herzlich zum Attac-Geburtstagsfest am 23. Oktober im Wiener WUK einladen. Attac steht seit mittlerweile 15 Jahren für eine gerechte und demokratische Gestaltung der globalen Wirtschaft – Zeit, gemeinsam mit euch uns und unsere vielen Erfolge zu feiern … und die nächsten zu planen!

Euer Vorstandsteam von Attac Österreich

Terminvorschau:

15 Jahre Attac Österreich:
Geburtstagsfest 23. Oktober 2015
WUK Werkstätten- und Kulturhaus
Währinger Straße 59, 1090 Wien
www.attac.at/attac=15

Der Reinerlös kommt „PROSA – Projekt Schule für Alle“ zugute.

griechenland: sieg der erpressung

Anfang Juli hat die griechische Bevölkerung beim Referendum klar „Nein / Oxi“ zur Verarmungspolitik gesagt. Es war ein Moment der Mobilisierung, des Auflehnens und der Demokratie. Doch daraus wurde innerhalb weniger Tage ein „Ja“.

von Lisa Mittendrein

Die Erpressung der europäischen Eliten war erfolgreich, aber der Kampf gegen die Kürzungspolitik geht weiter.

Doch der Reihe nach: Auf das deutliche „Nein“ beim Referendum zu den Forderungen der GläubigerInnen reagierten diese mit der offenen Drohung: Entweder ihr kapituliert, oder wir werfen euch aus dem Euro. Die griechische Regierung stellte daraufhin einen Antrag auf ein drittes Kreditprogramm. Als Vorleistung schlug sie eine Maßnahmenliste vor, die sich weitgehend mit dem deckt, was die GläubigerInnen zuletzt gefordert hatten – und was die Menschen beim Referendum abgelehnt hatten.

Die griechische Regierung gibt also auf. Sie verhandelt um einen neuen Kredit, der den Schuldendienst der nächsten Jahre abdeckt und die Banken stabilisiert, sowie um eine Schuldenerleichterung. Doch im Gegenzug verpflichtet sie sich zu weitreichenden Kürzungsmaßnahmen. Die dringend benötigte wirtschaftspolitische Wende ist abgesagt. Das beantragte dritte Troika-Programm folgt somit derselben Logik wie die ersten beiden.

Wie konnte es dazu kommen, nur wenige Tage nach dem überzeugenden „Oxi“, also dem „Nein“ zu den Troika-Forderungen? Tsipras hatte stets argumentiert, ein gutes Ergebnis beim Referendum würde seine Verhandlungsposition stärken. Das wäre aber nur der Fall gewesen, wenn er das „Oxi“ als Auftrag genützt hätte, mit radikalen Maßnahmen die bisherige Form der Verhandlungen aufzubrechen.

Die Regierung hätte sich etwa gegen das erpresserische Aushungern der Banken durch die EZB wehren können, indem sie die Banken verstaatlicht und selbstständig rekapitalisiert, mit Schuldscheinen oder selbstgedruckten Euros. Solche Maßnahmen sind außerordentlich schwierig durchzusetzen, keine Frage. Angesichts des erneuten Ultimatums wären sie aber die einzige Alternative zur Kapitulation gewesen. Eine solche Flucht nach vorne hätte über kurz oder lang die Einführung einer Parallelwährung mit sich gebracht – und schließlich den sogenannten Grexit, den Ausstieg aus dem Euro.

Für diesen Weg gibt es kein historisches Vorbild, von dem man hätte lernen können. Zudem ist die griechische Wirtschaft nach Jahren der Kürzungspolitik nahezu völlig zerstört. Die von der EZB erzwungenen Kapitalverkehrskontrollen haben die Lage weiter verschlechtert. Ein Grexit stellt gerade in dieser tiefen Krise ein großes Risiko dar. Wenn er schief geht, kann dieser Schritt Griechenland wirtschaftlich, sozial und politisch völlig zusammenbrechen lassen.

Dennoch hätte die Regierung einen solchen Plan entwickeln und praktisch vorbereiten müssen – allein schon, um ihre Verhandlungsposition zu stärken. Nach dem erneuten Ultimatum seitens der „Institutionen“ wurde jedoch klar: Ein solcher Plan B steht nicht zur Verfügung. Selbst der linke Flügel von SYRIZA, der von der Verhandlungsstrategie nie überzeugt war und stets auf einen Euro-Ausstieg drängte, hatte letztlich keine konkrete Alternative ausgearbeitet. Der inzwischen zurückgetretene Finanzminister Varoufakis konnte das Kabinett nicht davon überzeugen, einen Alternativplan auszuarbeiten. Auch die Gesellschaft insgesamt war nicht auf diesen Bruch vorbereitet worden. So gab es für die Regierung, „Oxi“ hin oder her, letztlich keine andere Möglichkeit als aufzugeben.

Das ist eindeutig eine Niederlage – für uns alle. Die Niederlage der griechischen Regierung besteht darin, im entscheidenden Moment keine Alternative parat gehabt zu haben. Warum sie dennoch das Referendum durchführte, wirkt aus heutiger Sicht unverständlich und wie ein strategischer Fehler. Nun handelt sie mit dem Einschwenken auf einen Austeritätskurs gegen den Willen der Bevölkerung, deren Unterstützung sie gerade erhalten hat. Den europäischen Eliten ist es einmal mehr gelungen, die Menschen in Europa gegeneinander auszuspielen. Sie fachten nationalistische Vorurteile gegenüber Griechenland an, um die Erpressung der linken Regierung zu stützen.

Wie es nun weitergeht ist noch unklar. Innerhalb der griechischen Regierung, der Linken und den sozialen Bewegungen gibt es große Diskussionen über die Zukunft der Politik, über die weiteren Verhandlungen und den Umgang mit Euro und EU. Doch eines ist sicher: Egal wie groß Niederlage und Enttäuschung jetzt auch sind – der Kampf gegen die Verarmungspolitik geht weiter. In Griechenland und ganz Europa.

Der Text ist eine aktualisierte und gekürzte Fassung der Einschätzung von „Griechenland entscheidet“ auf mosaik-blog.at im Juli 2015.



Fotos: Cilli Supper



von TTIP stoppen zu CETA stoppen

Österreich- und europaweit wächst der Widerstand gegen TTIP und CETA.

von Alexandra Strickner

Hierzulande sind mehr als 40 Organisationen Teil der bundesweiten TTIP-Stoppen-Plattform, darüber hinaus gibt es viele regionale Bündnisse. Mehr als 250 Gemeinden und Städte haben bereits eine TTIP-CETA-TiSA Stoppen-Resolution unterschrieben. Seit Juni gibt es die Initiative „Klein- und Mittelbetriebe (KMU) gegen TTIP“ (*www.kmu-gegen-ttip.at*), der sich schon im ersten Monat mehr als 700 UnternehmerInnen angeschlossen haben.

EU-weit ist das Bild ähnlich: Mittlerweile gibt es in allen EU-Ländern TTIP-Stoppen-Kampagnen. Mehr als 2,5 Mio. Menschen haben die selbstorganisierte europäische BürgerInneninitiative unterschrieben – mehr als 70.000 in Österreich. 500 Organisationen aus allen EU-Ländern unterstützen diese Initiative. In Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien, Belgien und Deutschland gibt es ebenfalls immer mehr TTIP-freie Gemeinden, in vielen Ländern sind „KMU gegen TTIP“-Initiativen im Entstehen.

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström versucht alles, um den KritikerInnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vorteile für KMU werden beworben oder Studien erstellt, die zeigen, wie viele Arbeitsplätze vom transatlantischen Handel abhängig sind. Mit der Veröffentlichung alter (und oftmals längst geleakter) Dokumente wird die Illusion transparenter Verhandlungen verkauft, obwohl relevante Unterlagen geheim bleiben.

Zentrale Aktionsfelder der TTIP-Stoppen Kampagne waren 2015 die Resolution des EU-Parlaments zu TTIP und die Kritik am Investorenschutz (ISDS). Trotz breiter Ablehnung des Investorenschutzes (mehr als 90 Prozent) in einer von der EU-Kommission durchgeführten Befragung hält diese mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten weiter daran fest. Im Frühjahr präsentierte Malmström einen „Reformvorschlag“, der vorsieht, dass ein Handelsgericht für Konzernklagen zuständig sein soll. An der grundsätzlichen Problematik privilegierter Klagerechte für Konzerne ändert dies jedoch gar nichts.

Die TTIP-Resolution im EU-Parlament im Juli folgte im Wesentlichen den Vorschlägen der Kommission – mit den Stimmen der Konservativen, Liberalen und Teilen der SozialdemokratInnen. Das Parlament ignorierte damit mehr als 2,3 Millionen Menschen, welche die selbstorganisierte BürgerInneninitiative bis dahin unterschrieben hatten. Die Resolution hat zwar keine rechtlich bindende Wirkung, ist aber ein wichtiges Stimmungsbild. Dennoch bleibt Zeit um den Widerstand gegen TTIP weiter auszubauen: Die TTIP-Verhandlungen werden wohl nicht bis Ende 2015 abgeschlossen, und 2016 wird aufgrund der US-Wahlen kein intensives Verhandlungsjahr werden.

Für die TTIP-Stoppen Kampagne bedeutet das aber keine Pause, im Gegenteil: CETA, das EU-Kanada Abkommen, ist das „verkleidete TTIP“. Dieses Abkommen ist fast fertig verhandelt und könnte bereits 2016 in den Ratifikationsprozess kommen. Wenn wir TTIP stoppen wollen, müssen wir zuvor CETA stoppen, denn all jene Punkte, die wir an TTIP kritisieren sind in CETA bereits enthalten.

neue TTIP-studie

Mehr Risiken als Chancen für kleine und mittlere Unternehmen

von Alexandra Strickner

Laut EU-Kommission und österreichischer Wirtschaftskammer würden von TTIP besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) profitieren. Eine im Juni präsentierte Studie der Ökonomen Jan Grumiller und Simon Theurl im Auftrag von Attac entlarvt diese Behauptung als eine reine PR-Aktion.

Von den mehr als 313.000 österreichischen KMU exportieren derzeit weniger als ein Prozent der KMU in die USA. Auch in der EU liegt der Anteil mit 155.000 von rund 20,7 Mio. KMU unter einem Prozent. Von einem Anstieg des gesamten EU-Exportes würden aktuell 28 Prozent auf KMU entfallen. Aufgeteilt auf den Anteil an KMU im EU-Export (88 Prozent) bleibt daher dem einzelnen Unternehmen davon nicht viel übrig.

Die wahren Gewinner von TTIP wären EU- und US-Konzerne. Der Löwenanteil des Exportgeschäfts mit den USA (72 Prozent) entfällt derzeit auf rund 20.000 Großkonzerne – obwohl sie nur 12 Prozent der in die USA exportierenden Unternehmen repräsentieren. Sie werden mit TTIP ihre teils monopolistische Stellung durch verbesserte Importmöglichkeiten ausbauen können. Das könnte dazu führen, dass lokal agierende KMU zunehmend vom Markt verdrängt werden.

Risiken für KMU im EU-Markt werden ausgeblendet

Der Großteil der KMU produziert vorrangig für regionale Märkte und den EU-Binnenmarkt. Rund 70 Prozent des österreichischen Außenhandels finden mit EU-Ländern, weitere 10 Prozent mit anderen europäischen Ländern statt. Selbst die von der Kommission in Auftrag gegebenen Studien gehen von einem Rückgang des EU-Binnenhandels aus – und das würde vor allem KMU treffen. Diese Gefahr wird besonders im österreichischen Lebensmittelsektor deutlich, der zu 99 Prozent vom KMU dominiert wird. Eine Marktöffnung für US-amerikanische Agrarkonzerne ist aufgrund ihrer Kostenvorteile in der Produktion eine enorme Gefahr.

Zweiklassenrecht ISDS: Durchschnittliche Verfahrenskosten bei acht Millionen Euro

Auch vom geplanten Investorenschutz (ISDS) hätte der Mittelstand nichts, im Gegenteil: Die durchschnittlichen Verfahrenskosten vor Schiedsgerichten von acht Mio. Euro würden ein Zweiklassenrecht auch für Unternehmen besiegeln – abseits aller demokratiepolitischen Gefahren.

Von NAFTA nichts gelernt: Großkonzerne profitieren, KMU verlieren

Vor dem Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko (NAFTA) versprachen Studien ebenfalls positive Wohlstandeffekte. Nach den Liberalisierungen setzte jedoch die Ernüchterung ein.
Die meisten empirischen Studien weisen für die USA und Kanada Wachstumseffekte im Promillebereich aus, während für Mexiko sogar negative Wachstumseffekte nicht unwahrscheinlich sind.
Im mexikanischen Agrarbereich wurden mehr als eine Million Arbeitsplätze zerstört, nur ein Teil dieser Menschen fand in schlecht bezahlten Industriearbeitsplätzen entlang der US-Grenze Arbeit.

Angesichts all dieser Fakten ist es verwunderlich, dass die österreichische Wirtschaftskammer als KMU-Interessensvertretung nur über die Chancen für ein Prozent der Unternehmen spricht, während sie über die Risiken für die 99 Prozent kein Wort verliert.

globaler aktionstag gegen TTIP, CETA & co!

Weltweit gab es am 18. April 2015 rund 450 Aktionen in 30 Ländern. Allein in Österreich gingen rund 22.000 Menschen auf die Straße!

Vielerorts wurde im öffentlichen Raum spektakulär auf den Widerstand gegen TTIP & Co. aufmerksam gemacht, beispielsweise durch Transparente am Grazer Uhrturm oder bei der Innsbrucker Bergisel Schanze.

In 14 Städten fanden Aktionen und Demos statt: in Wien, Graz und Gleisdorf in der Steiermark, Salzburg, Linz, Vöcklabruck, Freistadt und Gmunden in Oberösterreich, Innsbruck und Reutte in Tirol, Klagenfurt und Villach in Kärnten und in Wiener Neustadt und Deutsch-Wagram in Niederösterreich.

DANKE an alle AktivistInnen fürs Dabeisein!



Foto: Wilhelm Zwirner


Klagenfurt
DEMOKRATIE statt FREIHANDEL STOPP TISA CETA TTIP
Innsbruck
Wr. Neustadt
TTIP
Graz
GEGEN KONZERN-DIKTATUR!
Klagenfurt
Linz
Fairer Handel statt unfairen Freihandel
Wien
ENSCH UND MWELT VOR PROFIT
www.ttip-stoppen.at
TTIP STOPPEN
Linz
STOPP TTIP
Graz
Innsbruck
Gmunden
Salzburg
DEMO GEGEN TTIP/CETA/TISA
TTIP STOPPEN
Salzburg
NEIN zur FINANZ-DIKTATUR
Vöcklabruck
attac

was hat TTIP mit der nächsten finanzkrise zu tun?

Finanzdienstleistungen sollen mit TTIP weiter liberalisiert und „Handelshemmnisse" abgebaut werden – die nächste große Krise ist dann nur mehr eine Frage der Zeit.

von Markus Henn, Attac Deutschland (AG Finanzmärkte und Steuern)

Die Finanzkrise hat gezeigt, welch katastrophale Auswirkungen die Liberalisierung der Finanzmärkte hat. Doch statt endlich die bislang völlig unzureichende Regulierung voranzutreiben, verfolgt die EU in ihrem TTIP-Mandat das genau gegenteilige Ziel. TTIP würde in der von der EU angestrebten Form zu einer weiteren Deregulierung der Finanzmärkte führen; Klagerechte für Konzerne könnten staatliche Rettungsmaßnahmen im Falle von Finanzkrisen bedrohen.

Regulierung unter Generalverdacht

Die EU-Kommission drängt in den Verhandlungen darauf Finanzdienstleistungen und Finanzmarktregulierungen mit TTIP weiter zu liberalisieren und damit „Handelshemmnisse" abzubauen. Demnach dürfe keine Finanzregulierung „belastender als nötig" sein. So gerät jede Regulierung unter Generalverdacht; dabei ist es nahezu unmöglich die „Notwendigkeit" einer Regulierung vorab zu „beweisen". Die Finanzkrise hat gezeigt, dass kaum vorherzusehen ist, wo genau im Finanzsektor die nächste Krise entsteht.

Einziges Kriterium für die Bewertung von Regulierungen muss daher die Stabilität des Finanzsektors sein. Es ist absurd Finanzregulierungen danach zu beurteilen, inwieweit sie ein „Handelshemmnis" darstellen. Bestes Beispiel dafür sind die verbrieften US-Hypothekarkredite, die infolge der Finanzkrise Großbanken in Europa und den USA und ganze Volkswirtschaften in den Abgrund gerissen haben.

Weiteres Ziel der EU-Kommission ist ein möglichst freier Marktzugang von Finanzunternehmen und die Zulassung „jeglicher neuer Finanzdienstleistung". Ob Aufsichtsbehörden ein Finanzprodukt vorbeugend verbieten können wäre damit wohl fraglich. Auch Handelsbeschränkungen gegen Rohstoffspekulation („Positionslimits") bis hin zum EU-Verbot von Leerverkäufen bei Staatsanleihen könnten betroffen sein. Selbst eine Finanztransaktionssteuer könnte als unzulässig gewertet werden, weil sie den Kapitalverkehr beschränkt.

Weiters sollen einem „Regulatorischen Rat" geplante EU-Gesetze gemeldet werden – lange bevor das EU-Parlament oder nationale Parlamente diese überhaupt zu Gesicht bekommen. Europäische und amerikanische Banken könnten damit neue Regulierungspläne schon frühzeitig torpedieren.

Gefahr von Konzernklagen in Finanzkrisen besonders stark

Auch die geplanten Investitionsschutzklagen gegen Staaten (ISDS) gefährden staatliche Schutzmaßnahmen infolge von Finanzkrisen. Schon jetzt laufen oder liefen – teils erfolgreiche – Verfahren gegen Griechenland, Belgien, Zypern oder Argentinien wegen Schuldenschnitten, Währungsabwertungen oder Verstaatlichungen von Banken als Folge der Finanzkrise. Mit TTIP würde aufgrund der massiven Investitionsströme das Klagerisiko noch einmal massiv ansteigen.

Dass Finanzdienstleistungen in TTIP überhaupt verhandelt werden sollen, ist vor allem der aggressiven Lobbyarbeit der Finanzwirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks zu verdanken. So spiegelt die Position der EU-Kommission zur „Regulatorischen Kooperation" für den Lobbyverband der Londoner Finanzbranche „TheCityUK" nach ihren eigenen Angaben „so direkt die eigene Position wider, dass man meinen könne, sie sei direkt aus der Broschüre von TheCityUK zu TTIP entnommen."

es war einmal … das österreichische bankgeheimnis

Mit der Verabschiedung der Steuerreform im Juli 2015 hat Österreich wichtige Schritte im internationalen Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung gesetzt.

von David Walch

Vor allem die Abschaffung des Bankgeheimnisses für SteuerinländerInnen – eine jahrelange Forderung von Attac – ist ein echter Durchbruch.

Die jahrzehntelange Irreführung der Öffentlichkeit, dass das Bankgeheimnis nicht SteuerbetrügerInnen sondern das „Sparbuch der Oma" schütze, wird damit endlich beendet. Rund um die eigentliche Kontoöffnung wurde vor allem Panikmache und Desinformation betrieben. Sowohl in Strafverfahren als auch Finanzstrafverfahren wird für eine Öffnung des Kontos auch weiterhin eine gerichtliche Bewilligung nötig sein. Kontoöffnungen im Zuge von Abgabenverfahren sind ausschließlich nach vorheriger Prüfung durch eine unabhängige Richterin oder durch einen unabhängigen Richter möglich.

Internationale Regeln bringen Fortschritte mit großen Schwächen

Der Fall des Bankgeheimnisses ist eine logische Konsequenz des internationalen Drucks auf Österreich. Denn mit der Steuerreform wurde auch die Teilnahme Österreichs am Automatischen Informationsaustausch (AIE) nach den Vorgaben der EU und der OECD ab 2016 gesetzlich festgelegt. Dieser AIE bringt zwar große Fortschritte im Kampf gegen Steuerbetrug, weist jedoch noch viele Lücken auf:

Staaten dürfen willkürlich entscheiden, mit wem sie zum gegenseitigen Informationsaustausch bereit sind. SteuerbetrügerInnen und Kriminelle können dadurch Konten in nicht-teilnehmenden Staaten eröffnen oder dem AIE durch falsche Wohnsitzbescheinigungen, die von Steueroasen wie den Bermudas einfach zu erwerben sind, entkommen.

Zudem wird die Teilnahme am AIE gerade den ärmsten „Entwicklungsländern" äußerst schwer gemacht, da sie nicht über die Kapazitäten verfügen, selbst automatisch Daten liefern zu können und daher auch keine erhalten. Für sie sollte es diesbezüglich Ausnahmen geben – sofern sie nicht selbst Steueroasen sind.

Das Tax Justice Network zählt insgesamt 35 weitere Schlupflöcher auf. Hier ein paar Beispiele:

- Ohne detaillierte öffentliche Register der wirtschaftlich Begünstigten von Unternehmen können diese nicht identifiziert (und besteuert) werden.
- Sachwerte – seien es Immobilien, Yachten, Kunstgegenstände oder Bankdepots – sind ausgenommen. Obwohl vielerorts derartige Eigentumsregister existieren, gibt es keine Verpflichtung diese Informationen zu melden.
- Einige Trusts und ähnliche Konstruktionen sind ausgenommen.
- Sofern ihr Wert 250.000 Dollar nicht übersteigt müssen Konten, die von Unternehmen oder Trusts vor 2016 eröffnet werden, nicht gemeldet werden. Dies kann durch die Errichtung und Aufteilung des Vermögens auf eine Reihe von (Schein)firmen erreicht werden.
- Die Informationen über die Kontostände werden nur einmalig pro Jahr zu einem bestimmten Datum übermittelt. Somit können Vermögenswerte versteckt werden, indem sie für einen Tag verschoben werden.

Die österreichische Bundesregierung sollte sich daher auf internationaler Ebene für ein Stopfen dieser Schlupflöcher einsetzen.

Die Abschaffung des Bankgeheimnisses ist auch ein großer Erfolg für Attac



Foto: David Walch

steuerreform: wer hat, dem wird gegeben!

Schon aus rein ökonomischer Vernunft sollte eine Steuerreform die wachsende Ungleichheit bekämpfen – aber im Land mit der dritthöchsten Millionärsdichte weltweit werden auch in Zukunft die obersten Einkommen von der Entlastung profitieren.

von Elisabeth Klatzer

Die Steuerreform 2015 hatte das Ziel Arbeitseinkommen umfassend zu entlasten. Doch ein genauer Blick darauf zeigt, dass der Löwenanteil der Entlastung ausgerechnet an höhere und hohe Einkommen geht.

Im unteren Einkommensdrittel beträgt die Steuerentlastung 2 % bis 2,7 %, im obersten Einkommensdrittel aber satte 3,4 % bis 5,1 %. In absoluten Beträgen ist die Entlastung im obersten Einkommensbereich in etwa 12 mal so hoch wie im untersten Bereich. Noch deutlicher ist die Schieflage bei Pensionen, wo die Entlastung im unteren Drittel magere 0,8 % bis 1,2 % ausmacht, während Pensionen im obersten Drittel mit 4,4 % bis 4,5 % entlastet werden.

Vor allem die Schere zwischen den verfügbaren Einkommen von Frauen und Männern droht damit noch weiter aufzugehen, da Frauen vorrangig in den unteren Lohngruppen vertreten sind. Das kritisiert „Femme Fiscale“, eine neue Initiative, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt.* Wer hohe Einkommen überproportional entlastet und gleichzeitig auf Vermögens- und Erbschaftssteuer verzichtet, nimmt zudem weitere „Kürzungspakete“ bei Kindergärten, Schulen und Universitäten, Krankenhäusern, bei Pflege oder sozialer Absicherung in Kauf. Von all dem wären wieder überwiegend Frauen betroffen.

Femme Fiscale fordert konkrete Maßnahmen, wie diese Steuerreform nachgebessert werden könnte:

- Die Erhöhung der Negativsteuer auf 100 Euro pro Monat bis zu 100 % der Sozialversicherungsbeiträge.

- Die Abschaffung der Begünstigungen des „Steuersechstels“ („Weihnachts- und Urlaubsgeld“), da diese eine massive Umverteilungswirkung zu den oberen Einkommen bewirken. Der Nettoeinkommensgewinn durch diese Begünstigung macht bei einem Monatsbruttoeinkommen von 1.500 Euro insgesamt 86 Euro aus. Für Einkommen mit 4.500 Euro liegt die Steuerbegünstigung demgegenüber bei 1.846 Euro.

- Beibehaltung der Mietzinsbeihilfe: Diese fällt betragsmäßig nicht ins Gewicht, wäre aber aus sozialpolitischer Perspektive ein wichtiges Signal, da sie bei außergewöhnlichen Belastungen für die niedrigsten Einkommen wichtig ist, um über die Runden zu kommen.

- Im Sinne der Gerechtigkeit für alle Kinder wäre eine Umwandlung des Kinderfreibetrages in einen erhöhten Kinderabsetzbetrag dringend nötig. Vom Freibetrag profitieren Kinder von Eltern mit hohen Einkommen mehr. Kinder von Eltern, die keine Steuer zahlen, gehen leer aus.

- Sollte der Kinderfreibetrag beibehalten werden, wäre jedenfalls der Kinderfreibetrag für AlleinerzieherInnen auf 600,– Euro zu erhöhen.



Foto: David Walch

* Femme Fiscale besteht aus: FeministAttac, Attac, AG Frauen & Armut/Österreichische Armutskonferenz, Frauenring, Plattform 20.000 Frauen, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, OBRA (One Billion Rising Austria), Watch Group. Gender und öffentliche Finanzen

system change not, climate change



Klimaschutz ist nur durch anderes Wirtschaften, Handeln und Leben möglich

von Alexandra Strickner

Der Klimawandel ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit, und die Klimakrise ist schon jetzt Realität. Sie bedroht das Leben und die Existenzgrundlage von Milliarden von Menschen. Jahr für Jahr treffen sich die Regierungen im Rahmen der UN-Klimakonferenzen um Lösungen für die Klimakrise zu finden. Verbindliche Klimaziele werden dabei jedoch vertagt, die diskutierten Lösungen bekämpfen nur die Symptome.

Anfang Dezember findet die UN-Klimakonferenz COP 21 in Paris statt, bei der wichtige Entscheidungen für die Zukunft unseres Planeten getroffen werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Vorschläge und geplanten Strategien unangemessen sind und in die falsche Richtung gehen. Wachstum soll ein bisschen „grüner" gemacht werden und weitere Märkte, in denen sich Unternehmen ihre Luftverschmutzungsrechte in Form von Emissionszertifikaten einfach kaufen können, sollen geschaffen werden. Gleichzeitig forcieren die Regierungen der Industrieländer mit TTIP, CETA & Co. eine Wirtschafts- und Handelspolitik, die den CO_2-Ausstoß und die Klimakrise noch verstärken wird. Es wird immer deutlicher, wie sehr die Interessen multinationaler Konzerne und des Finanzsektors die Verhandlungen beeinflussen. Fast alle der diskutierten Lösungsstrategien lenken von den Ursachen des Klimawandels ab und führen sogar zu noch größerer Ungerechtigkeit und Ungleichheit.

Attac hat gemeinsam mit Finance & Trade Watch, Via Campesina Austria, FIAN, der Dreikönigsaktion und Alternatiba die Initiative „System Change, not Climate Change" in Österreich ins Leben gerufen. Wir sind dabei Teil der globalen Bewegung. Gemeinsam haben wir 12 Schritte gegen Klimawandel und für Klimagerechtigkeit erarbeitet, darunter:

- Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe,
- Umstieg auf erneuerbare Energie,
- Solidarische Formen der Landwirtschaft auf der Basis des Konzepts der Ernährungssouveränität,
- Ausbau öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen (Verkehr, Wohnen etc.),
- Zurückeroberung von Gemeingütern (Commons),
- Neuverteilung von Arbeit, Zeit, Einkommen und Vermögen.

Unser Planet braucht dringend eine Umstellung der Art und Weise, wie wir wirtschaften, handeln und leben. Nur so können wir auch den Klimawandel zumindest begrenzen, solidarische und sozial gerechte Antworten auf die soziale Krise und eine umfassende Demokratisierung vorantreiben und letztlich auch selbstbestimmt über unser Leben entscheiden.

Informieren Sie sich auf unserer Website über aktuelle Aktionen rund um das Thema Klimagerechtigkeit und unsere Mobilisierungen zum Klimagipfel nach Paris.

www.attac.at/kampagnen/system-change

jetzt attac unterstützen!

Attac ist ein internationales Netzwerk ehrenamtlich engagierter Menschen, die sich für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzen. Wir informieren über wirtschaftspolitische Zusammenhänge, entwickeln politische Forderungen, vernetzen uns mit sozialen Bewegungen auf der ganzen Welt und fördern Alternativen auf lokaler Ebene.

Unser Engagement braucht Zeit – und auch Geld.
Attac ist parteiunabhängig und finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Nur durch regelmäßige finanzielle Unterstützung können wir unsere Tätigkeiten fortführen. Mit Ihrer Spende und Ihrer Mitgliedschaft stärken Sie unsere Arbeit für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der Wirtschaft – unterstützen auch Sie Attac!

Bitte überweisen Sie Ihre Spende / Ihren Mitgliedsbeitrag mit Einziehungsermächtigung und helfen Sie uns so Kosten zu sparen. Ein Widerruf ist jederzeit und ohne Begründung oder Fristen möglich.

Bitte schicken Sie das Formular per Fax, E-Mail oder per Post an:

Attac Österreich,
Margaretenstraße 166/3/25
1050 Wien

Fax:
+43/1/544 00 59

E-Mail:
verwaltung@attac.at

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Einziehungsermächtigung

____
Vor- und Familienname

____
Straße, Hausnummer

____
PLZ, Ort

____
E-Mail Geburtsjahr

Bitte ziehen Sie meinen Mitgliedsbeitrag mittels Einziehungsermächtigung ein.

____
IBAN BIC

Meine Unterstützung

Mitgliedschaft:

o Sozial 14 € / Jahr o Standard: 40 € / Jahr
o Fördermitglied: 77 € / Jahr o Top-Fördermitglied: 190 € / Jahr
o ____________ € [Betrag selbst wählen]
o optional mit Frauenermäßigung –33 % [Die Einkünfte von Frauen liegen im Durchschnitt noch immer ein Drittel unter jenen der Männer.]

Abbuchung:

o monatlich o vierteljährlich o halbjährlich o jährlich

Datum ____________ Unterschrift ________________________

jetzt ausschneiden!



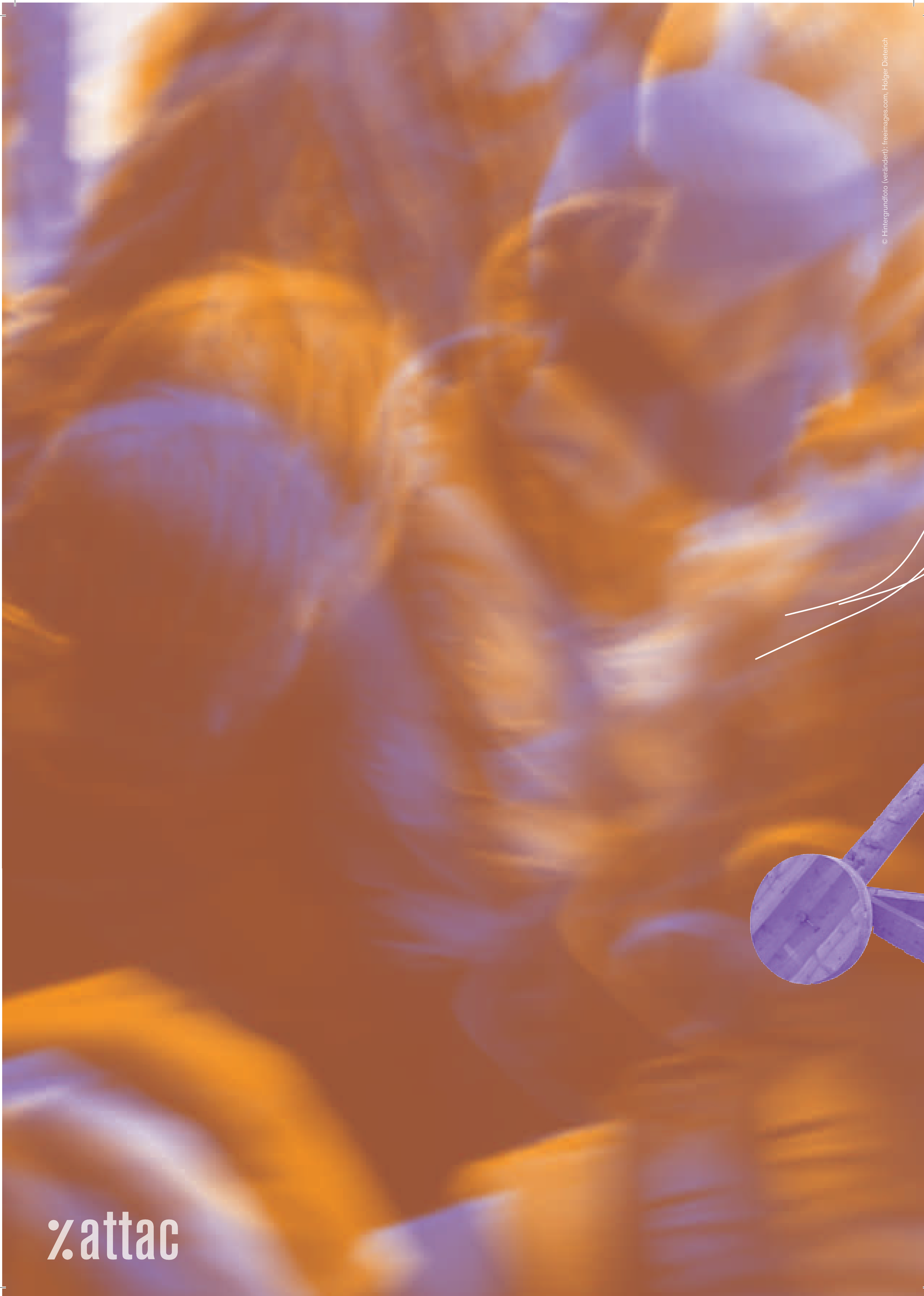
RADIO %attac

radio%attac produziert eine wöchentliche Radiosendung zu Attac-Themen
http://radioattac.at/

sand im getriebe

„Sand im Getriebe“ (SiG) ist der deutschsprachige Newsletter von Attac International
sandimgetriebe.attac.at




attac